

Rassismus im Justizapparat

AKJ Würzburg

5. Juni 2020

Ich stehe heute vor euch als Mitglied des AKJ, also Arbeitskreis Kritischer Jurist:innen, einer Gruppe linker, anti-faschistischer Jurist:innen und anderen Interessierten und im Zentrum steht für uns eine kritische Auseinandersetzung mit dem Recht. Soweit erstmal zu uns.

Wir möchten uns aufgrund der Tötung an George Floyd und der darauf folgenden Polizeigewalt gegen die Proteste in den USA einer allgemein, u.a. juristischen Auseinandersetzung mit Polizeigewalt auch mit Fokus auf Deutschland widmen.

Wir wollen und können nicht tatenlos hinnehmen, dass die Polizei gegen geltendes Recht verstößt und damit folgenlos davonkommt. Bei so viel Versäumnissen der Justiz ist es unsere Aufgabe als kritische Jurist:innen, staatliche Willkür und Rassismus aufzudecken.

Machen wir das ein bisschen klarer mit einem Beispiel. Der Fall um den Tod Matiullah Jabarkhils (2018) aus Fulda zeigt auf, auf welche Widerstände man im Kampf gegen Rassismus treffen kann. Matiullah verstarb nachdem die Polizei 12 Schüsse auf ihn abgegeben hatte. Die Umstände wurden nicht abschließend geklärt und die Beweislage war vielseitig widersprüchlich.

Die öffentliche Kritik von Abdulkarim Demir, dem Vorsitzenden des Ausländerbeirats in Fulda, an dieser polizeilichen Tötung, wurde hier von dem Oberbürgermeister Fuldas und dem Landrat als „Fehlen eines rechtsstaatlichen Bewusstseins“ bezeichnet. In der Folge griffen die beiden CDU-Politiker den Kritiker an, indem plötzlich seine berufliche Tätigkeit als Leiter von Integrationskursen durch das Bamf überprüft werden sollte und zweifelten sein Rechtsstaatsverständnis an.

Ein kleiner juristischer Exkurs. Was gehört zu einem Rechtsstaat, so wie er heutzutage verstanden wird. Damit ein Polizeieinsatz rechtmäßig ist, muss er immer verhältnismäßig sein, das heißt vor allem, dass kein willkürliches Mittel gewählt werden darf. Also nochmal zur Erinnerung: Es wurde die Überprüfung der Umstände des Vorfalls gefordert, in dem mehrere Polizist:innen und der Einsatz von 12 Schüssen gegen einen Schlagstock als Waffe standen. Wir finden es unverständlich, dass Zweifel daran als fehlendes Rechtsstaatsbewusstsein abgetan werden. Rechtsstaatlichkeit heißt nicht blindes Vertrauen in staatliche Institutionen, sondern das auch immer kritische Hinterfragen, wie es hier durch

die Überprüfung der Todesumstände gefordert wurde.

Problematisch in solchen Situationen ist außerdem, dass wer als Außenstehende:r in eine polizeiliche Maßnahme eingreift, wiederum damit rechnen muss, plötzlich selbst angezeigt zu werden. Ebenso wer sich selbst in einer Lage befindet, in der polizeiliche Maßnahmen gegen ihn/sie durchgeführt werden: Man läuft Gefahr, bei einem Versuch sich zu wehren, alles nur noch zu verschlimmern und eine Gegenanzeige wegen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte zu erhalten. Das stellt gerade bei Personen, welche geflüchtet sind und keinen sicheren Aufenthaltsstatus haben, ein erdrückendes Risiko dar.

Vor Gericht können dann wiederum die nächsten Probleme folgen:

Polizist:innen werden darin geschult, vor Gericht das "Richtige" zu sagen. Zeugenaussagen der Polizei und Polizeiberichte werden zudem teils voneinander abgeschrieben, weil diese Tätigkeit als lästig empfunden wird. Falls trotzdem noch Widersprüche bestehen, werden diese in der Regel untereinander abgeglichen. In Kombination mit anderen Faktoren, wie des Bestehens eines durch die gemeinsame Arbeit begründeten Loyalitätsverhältnisses zwischen Staatsanwaltschaft und Polizei, und einem in der deutschen Gesellschaft massiven Grundvertrauen gegenüber der Polizei auf der einen Seite und Personen, die sich kein:e Anwält:in leisten können, nicht gut deutsch sprechen oder Opfer rassistischer Zuschreibungen werden, auf der anderen Seite, führt dies dazu, dass vor Gericht meist Polizeibeamt:innen und nicht der von Polizeigewalt betroffenen geglaubt wird.

Doch muss es ja auch erst einmal vor ein Gericht kommen, was meistens schon dadurch verhindert wird, dass dabei Polizei gegen Polizei ermitteln müsste. Ca. 97 % der Ermittlungen wegen des Verdachts rechtswidriger Gewalt durch Polizist:innen führen nicht einmal zu einer Anklage. Dies liegt u.a. daran, dass Ermittlungen gegen Kolleg:innen häufig als Verrat empfunden werden und somit die Angst besteht, dass diese Ermittlungen (sozial) sanktioniert werden. Polizist:innen haben aufgrund des Schichtsystems direkt zu Beginn der Ausbildung häufig einen Freundeskreis unter Kolleg:innen. Somit befinden sich Polizist:innen also in einer Doppelrolle: auf der einen Seite sind sie der Wahrheit und einem gerechten Verfahren verpflichtet, auf der anderen Seite müssen sie sich in ihrer Peergroup bzw. Gefahrgemeinschaft beweisen.

Daneben will ich noch etwas hervorheben: Eine neutrale Zeugenaussage vor Gericht abzugeben, widerspricht im Kern der alltäglichen Rolle der Polizei als Ermittlerin. Hier ist es ja eigentlich gerade ihr Ziel, andere zu belasten. Eine Verurteilung wird zumeist als Erfolg gewertet. Wir sehen also, dass häufig sowieso schon marginalisierten Gruppen in vielen Aspekten ein faires Verfahren vorenthalten wird.

In der Gesellschaft herrscht ein ganz anderes Bild davon, weswegen Menschen vorwiegend verurteilt werden, als es tatsächlich der Fall ist: die große Mehrheit der Gefängnisinsass:innen ist nicht wegen der Straftaten, die man sich vorstellt inhaftiert (Mord, Straftaten gegen sexuelle Selbstbestimmung, etc.), sondern wegen Zahlungsunfähigkeit nach Schwarzfahrten, Drogen, Bußgeldern und ähnlichen

Armutsdelikten. Besonders in den USA sind die teils privatisierten Gefängnisse prall gefüllt mit afro- und latino-amerikanischen Bürgerinnen und Bürgern; diese kriminalisierte Anhaftung bestimmter Gruppen wirkt oft schwer benachteiligend und zieht sich dann durch verschiedenste Institutionen und Verfahren. Beispiele sind Racial Profiling und die bereits angesprochene geringere Glaubwürdigkeit in dem Ermittlungsverfahren sowie in der Hauptverhandlung.

Wir brauchen dringend eine unabhängige Ermittlungsbehörde, die mit dem Corpsgeist innerhalb der Polizei bricht.

Gerechtigkeit für Oury Jalloh, Matiullah Jabarkhil, George Floyd und alle anderen Opfer rassistischer Polizeigewalt! Vielen Dank!